

OA-Update Sanktionen – 2022/48 **Entwicklungen seit dem 26. August**

(Stand: 09. September, 14 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft – Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten: [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, der AG Agrarwirtschaft/German Agrobusiness Alliance sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

Inflation:

Entlastungspaket der Bundesregierung vorgelegt

Um die Bevölkerung und Unternehmen angesichts steigender Energie- und Lebenshaltungskosten zu entlasten, hat die Bundesregierung vergangenes Wochenende ein drittes Entlastungspaket vereinbart, dessen Umsetzung nun ansteht. Unter anderem ist eine Veränderung des Designs des Strommarkts, eine Strompreisbremse, eine Entlastung beim Co2-Preis, Einmalzahlungen für Rentnerinnen und Rentner, Entlastungen für Studierende, der Abbau der Kalten Progression, Steigerungen des Wohngelds und des Kindergelds, sowie Anhebungen von Freibeträgen und der Fernpendlerpauschale vorgesehen.

Bezüglich Hilfen für die Wirtschaft enthält das Paket u.a. folgende Aussagen:

...

Die bestehenden Hilfsprogramme für Unternehmen werden bis zum 31. Dezember 2022 verlängert, der momentanen Laufzeit des beihilferechtlichen Rahmens der Europäischen Kommission. Dazu gehören das KfW-Sonderprogramm Ukraine, Belarus, Russland (UBR) mit zinsgünstigen Krediten und die bereits während der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme zur kurzfristigen Sicherstellung von Liquidität, das Energiekostendämpfungsprogramm zur Entlastung von besonders energie- und handelsintensiven Unternehmen, das Margining-Finanzierungsinstrument, mit dem die Liquidität von Unternehmen sichergestellt wird, die an Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln und im begründeten Einzelfall die Unterstützung von Unternehmen mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung durch Eigenkapitalmaßnahmen.

Um mehr Unternehmen zu erreichen und den Zugang zu erleichtern, wird beim KfW Sonderprogramm die Haftungsfreistellung verbessert. Das Energiekostendämpfungsprogramm soll für weitere Unternehmen, die nicht auf der KUEBLL-Liste stehen, mithilfe erweiterter Kriterien, die die Belastung durch hohe Energiepreise zur Grundlage haben, Unterstützung gewähren. Das 100-Milliarden-Euro-Programm der KfW, das Anfang des

Jahres dazu konzipiert wurde, Liquidität in den Terminmärkten für Gas sicherzustellen, wird spezifisch auf Elektrizitätsmärkte ausgedehnt. Es soll ermöglichen, zusätzliches zukünftiges Produktionsvolumen schon heute an die Märkte zu bringen und damit die Preise und die Schwankungsbreiten der Preise zu reduzieren. Die Bundesregierung wird prüfen, inwieweit zukunftsfähige Unternehmen stabilisiert werden können, die aufgrund von Gasmangellage bzw. nicht tragfähiger Energiepreise temporär ihre Produktion einstellen müssen. Die Unternehmenshilfen werden im Lichte der Entwicklungen fortlaufend auf ihre Effektivität überprüft und im engen Austausch mit der Wissenschaft sowie den Handelspartnern angepasst.

Um die kommunalen und sozialen Wohnungsunternehmen bei steigenden Energiekosten zu unterstützen, wird die befristete Förderung von Betriebsmitteln im KfW-Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.

Private Wohnungsunternehmen können darüber hinaus die regulären ERP-/KfW-Förderkreditprogramme und bei vorübergehenden Liquiditätseingängen außerdem die regulären

Bürgschaftsprogramme von Bund und Ländern zur Liquiditätssicherung in Anspruch nehmen.

Im Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen vorhandenen Restmittel werden genutzt, um gezielte Hilfen für Kultureinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

12. Spitzenausgleich energieintensive Unternehmen

Um die energieintensiven Unternehmen angesichts der hohen Preise zu unterstützen, wird der sogenannte Spitzenausgleich bei den Strom- und Energiesteuern um ein weiteres Jahr verlängert. Damit werden rund 9.000 energieintensive Unternehmen in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro entlastet. Unternehmen, die von diesem Spitzenausgleich profitieren, sollen Maßnahmen ergreifen, um den Verbrauch der Energie zu reduzieren.

...

14. Verlängerung Kurzarbeitergeld

Die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld werden über den 30. September 2022 hinaus verlängert. Damit wird Sicherheit für Unternehmen und Beschäftigte geschaffen.

15. Umsatzsteuer in der Gastronomie

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie auf 7 Prozent wird verlängert, um die Gastronomiebranche zu entlasten und die Inflation nicht weiter zu befeuern

Abschaffung EEG-Umlage (Entlastung um 3,72 Cent pro Kilowattstunde)

Stromkundinnen und -kunden zahlen seit dem 1. Juli 2022 keine EEG-Umlage mehr. Ab Januar 2023 wird die EEG-Umlage dann auf Dauer abgeschafft. Stromlieferanten müssen den Wegfall der EEG-Umlage an die Stromkunden weitergeben, sodass alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von dieser Maßnahme profitieren.

17. Einführung nationale Mindestbesteuerung

Die Bundesregierung wird die Umsetzung der international vereinbarten globalen Mindestbesteuerung bereits jetzt national beginnen. Sie führt langfristig zu Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Alle Beschlüsse der Ampel-Koalition finden Sie in diesem Dokument:

[ergebnispapier-des-koalitionsausschusses.pdf \(bundesfinanzministerium.de\)](#)

Deutsche Welle

Eurozone: Wirtschaft legt stärker zu als erwartet – deutsche Wirtschaft leicht im Plus

Im zweiten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 19 Euroländer zum Vorquartal um 0,8 Prozent, wie das Statistikamt Eurostat am 7. September in Luxemburg nach einer dritten Schätzung mitteilte. In der vorherigen Schätzung war nur ein Wachstum von 0,6 Prozent ermittelt worden. Für das erste Quartal wurde das Wachstum zudem von 0,5 auf 0,7 Prozent nach oben revidiert.

In den 27 Ländern der Europäischen Union (EU) entwickelte sich die Wirtschaft im ersten Halbjahr ähnlich. Die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern fällt jedoch sehr unterschiedlich aus.

Während in der Eurozone die Niederlande mit 2,6 Prozent das mit Abstand stärkste Wachstum im zweiten Quartal aufweisen, sind die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen jeweils geschrumpft. Dies dürfte eine Folge der einst engen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland sein, die im Zuge des Ukraine-Kriegs und westlicher Sanktionen zu einer Belastung geworden sind. Zudem leiden die baltischen Staaten unter einer besonders hohen Inflation.

Die deutsche Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal leicht um 0,1 Prozent. Die Auftragslage der deutschen Industrie trübt sich ein. Im Juli gingen erneut weniger Aufträge ein, wie aus Daten des Statistischen Bundesamts vom Dienstag hervorgeht. Der Auftragseingang fiel gegenüber dem Vormonat um 1,1 Prozent. Es ist bereits der sechste Rückgang in Folge. Analysten hatten mit einem Rückgang von im Schnitt 0,7 Prozent gerechnet.

Die Nachfrage habe sich angesichts des Ukraine-Kriegs und der hohen Gaspreise schwach entwickelt, kommentierte das Bundeswirtschaftsministerium. „Für die Industrieunternehmen bleibt der Ausblick auf das zweite Halbjahr gedämpft, was sich auch

in einem abgekühlten Geschäftsklima und zurückhaltenden Exporterwartungen widerspiegelt.“

Studie zur Integration ukrainischer Arbeitskräfte

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration hat im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Forschungsprojekts „Prekäre Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften und Perspektiven für ihre Teilhabe in Deutschland“ den Policy Brief **„Zeitenwende‘ bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt“** erarbeitet. Das Projekt untersucht die Teilhabehürden und Teilhabechancen von zugewanderten Arbeitskräften aus EU- und Drittstaaten im Niedriglohnssektor systematisch und soll Wege aufzeigen, wie Teilhabehürden überwunden werden können. Das Projekt läuft bis September 2023.

Die Publikation können Sie hier herunterladen:

<https://www.svr-migration.de/publikationen/prekaere-erwerbsmigration-ukraine>

Die Pressemitteilung finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.svr-migration.de/presse/presse-forschung/prekaere-erwerbsmigration-ukraine>

Gewinnung russischer Fachkräfte - Informationsangebote

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es einerseits um Beschleunigung der Visaverfahren für Relokation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher und internationaler Unternehmen nach Deutschland sowie um schnelle Verfahren für neu rekrutierte Fachkräfte.

„Kurzinformationen für Arbeitgeber“ sind zu diesem Thema auf dem Portal „[Make it in Germany](https://www.make-it-in-germany.com)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](https://www.make-it-in-germany.com/germany/gewinnung-und-beschaeftigung-von-russischen-fachkraeften) abrufbar.

Bei Rückfragen zu diesem Thema stehen Ihnen als Ansprechpartnerinnen im Ost-Ausschuss [Petya Hristova](#), Leiterin des Arbeitskreises Fachkräftesicherung, und [Dr. Christiane Schuchart](#), Regionaldirektorin Russland, sehr gern zur Verfügung

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
- VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

15. September: Gemeinsamen Sitzung der OA-Arbeitskreise Fachkräftesicherung und Russland, 09:30-10:30 Uhr via Microsoft Teams

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Die gemeinsame Sitzung der Arbeitskreise Fachkräftesicherung und Russland hat zum Ziel, eine Plattform zum Unternehmensaustausch zu diesem Thema anzubieten sowie Einschätzungen und Vorschläge zu den bereits eingeführten Maßnahmen zu bündeln. Bitte beachten Sie, dass die Sitzung der Chatham-House-Regel folgt. **Die Moderation übernimmt der Sprecher des Arbeitskreises Fachkräftesicherung Enrico Rühle (Festo Didactic SE).**

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 12. September bei [Petya Hristova](#) oder [Dr. Christiane Schuchart](#).

16. September: „Aktuelle EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus“, 11:00 - 13:00 Uhr

Am 16. September 2022 organisiert die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Russland und die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus in Kooperation mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ein Webinar zum Thema EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus. Mit dabei sind Experten der Rechtsanwaltskanzleien Rödl & Partner in Belarus und Russland sowie der Wirtschaftskanzlei GvW Graf von Westphalen

Zur Anmeldung:

[Registrierung zum Webinar am 16.09.2022 \(ahk.de\)](#)

19. September: Pushing Eastern Europe Forward - Wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Ausblick für Osteuropa, 10:00 - 11:15 Uhr (Online)

Am 19. September 2022, 10:00 - 11:15 Uhr informiert der Ost-Ausschuss in seiner Reihe Pushing Eastern Europe Forward in Zusammenarbeit mit der Raiffeisenbank über die konjunkturellen Aussichten in Mittelosteuropa angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine und steigender Energiekosten. Referent ist Gunter Deuber, Head of Research, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzanalyse, Raiffeisen Bank International AG. Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich gerne bei unserem Regionaldirektor für Mittelosteuropa Adrian Stadnicki, A.Stadnicki@oa-ev.de

10. Oktober: FRA Airport Talk zu Russland und Zentralasien, 9:00 - 18:00 Uhr

Am 10. Oktober findet ein FRA Airport Talk der SCHNEIDER GROUP statt. Dieses Mal geht es um folgende Themenkreise:

- Russland: Wie weiter?
- Zentralasien: Die neue Tiger-Region?

Die Veranstaltung im Airport Club am Frankfurter Flughafen bietet vielfältige Möglichkeiten, von erfahrenen Spezialisten Informationen über Sanktionen und ihre Auswirkungen auf die in Russland tätigen internationalen Unternehmen zu erhalten. Es werden u. a. verschiedene Management- und Beteiligungslösungen für eine Fortsetzung der Geschäftstätigkeit unter veränderten Bedingungen diskutiert. Zudem blicken die Referenten über die Grenzen Russlands hinaus auf die aufstrebende Tiger-Region Zentralasien.

Ort: Airport Club am Flughafen Frankfurt

Gebühr: 150 Euro (zzgl. MwSt.)

Programmdetails:

[Russland: Wie weiter? Zentralasien: Die neue Tiger-Region? \(schneider-group.com\)](https://www.schneider-group.com)

14. Oktober: 5th GERMAN – EAST EUROPEAN & CIS HEALTH FORUM

Unter dem Motto: PARADIGM SHIFT FOR THE HEALTH SECTOR? RECOVERY PLANS FOR UKRAINE AND FURTHER DEVELOPMENT OF THE HEALTH INFRASTRUCTURE IN EASTERN EUROPE“ findet am 14. Oktober in Berlin das 5th German – east European & CIS Health Forum statt, das der Ost-Ausschuss mit Partnern organisiert. Dabei spielt auch die Lage im ukrainischen Gesundheitssektor eine Rolle.

Für weitere Informationen und Anmeldung kontaktieren Sie im Ost-Ausschuss gerne: Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de.

Hier die englische Beschreibung der Inhalte:

The German-East European & CIS Health Forum, organised by the [German Eastern Business Association](#) and the [German Health Alliance](#) as an Official Side Event of the [World Health Summit](#), provides a framework for exchange and networking with decision-makers from Germany and the partner countries, company representatives, experts and researchers. The 5th edition of the Health Forum will focus on the reconstruction of the health sector in Ukraine and business exchange on the dynamic markets in Eastern Europe. The Russian war of aggression against Ukraine represents another challenge for the health sector in Eastern Europe after the Corona pandemic. Difficult tasks for companies in these times of crisis include maintaining supply chains and critical infrastructure for all patients in the countries of the region.

The Forum takes place as an on-site conference in Berlin. The working language is English.

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 26. August)

EU kündigt Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Energiekrise an

Brüssel hat nach einem Bericht von Euractiv am 7. September fünf Maßnahmen vorgeschlagen, um die hohen Energiepreise in Europa in den Griff zu bekommen. Dazu gehören ein verbindliches Ziel für die Reduzierung des Stromverbrauchs, die Begrenzung der Einnahmen von Energieunternehmen und die Wiederverwendung der Einnahmen zur Unterstützung bedürftiger Haushalte.

Die Maßnahmen wurden von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt und werden am Freitag auf einer Dringlichkeitssitzung mit den EU-Ländern vor der Umsetzung diskutiert.

„Wir sind mit astronomischen Strompreisen für Haushalte und Unternehmen und mit einer enormen Marktvolatilität konfrontiert“, sagte von der Leyen.

Zunächst soll die Europäische Kommission ein verbindliches Ziel für die Reduzierung des Stromverbrauchs zu Stoßzeiten vorschlagen. Brüssel werde eng mit den EU-Regierungen zusammenarbeiten, um dies zu erreichen, sagte von der Leyen, wobei das genaue Ziel noch festgelegt werden soll. Von der Leyen stellte auch Pläne für eine Obergrenze der Energiepreise vor, darunter eine Deckelung der Einnahmen von Unternehmen, die Energie zu niedrigen Kosten produzieren.

„Die kohlenstoffarmen Energiequellen erzielen unerwartete Gewinne, die ihre Produktionskosten nicht widerspiegeln. Es ist jetzt an der Zeit, dass die Verbraucher von den niedrigen Kosten der kohlenstoffarmen Energiequellen, wie den erneuerbaren Energien, profitieren“, sagte von der Leyen.

Ein durchgesickerter Vorschlagsentwurf, der Euractiv vorliegt, legt nahe, dass diese Obergrenze bei 200 Euro pro Megawattstunde liegen könnte. Von den Unternehmen, die fossile Brennstoffe erzeugen, könnte ebenfalls ein Beitrag erwartet werden, da die Öl- und Gasunternehmen „massive Gewinne“ erzielt haben, so von der Leyen. Sie fordert einen „Solidaritätsbeitrag“ von den Unternehmen für fossile Brennstoffe, der anfällige Haushalte unterstützen und in Investitionen in saubere Energie fließen würde.

Die Europäische Kommission soll auch eine Deckelung der russischen Einnahmen vorschlagen, die das Land aus dem Verkauf von Energie nach Europa erzielt hat. Der Kreml hat bereits gewarnt, dass er keine Energie nach Europa liefern werde, wenn eine Preisobergrenze eingeführt wird. In Deutschland ist man diesbezüglich skeptisch: „Wir bleiben skeptisch, wenn es um Fragen eines Gaspreisdeckels geht, aber wir sind grundsätzlich zu Gesprächen im europäischen Rahmen bereit“, wurde ein Sprecher des deutschen Wirtschaftsministeriums von Politico zitiert.

Hier der vollständige Beitrag:

[Von der Leyens Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Energiekrise – EURACTIV.de](#)

EU stoppt Visa-Liberalisierung mit Russland

Auf ihrem Gipfeltreffen in Prag haben sich die Spitzenvertreter aus den EU-Mitgliedsländern darauf verständigt, die Vergabe von Touristen-Visa an Russen zu erschweren, indem ein bestehendes Visa-Liberalisierungsabkommen aufgekündigt wird. Als ein Ergebnis verteuern sich Schengenvisa für russische Staatsbürger von 35 auf 80 Euro. Vor allem aber wird die Beantragung von Einreiseerlaubnissen schwieriger, weil die nationalen Behörden selbst festlegen können, welche Nachweise und Unterlagen sie verlangen. Ein Schnellverfahren, bei dem ein Visum binnen drei Tagen erlangt werden kann, wird es definitiv nicht mehr geben. Nach früheren Angaben des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell wird der Schritt dafür sorgen, dass die Zahl der neuen Visa für Russen signifikant sinkt. Insbesondere schutzbedürftige Menschen sollten aber weiter ein Visum bekommen können. Zum Schengen-Raum gehören 22 EU-Staaten und vier weitere europäische Länder. Der Beschluss wird von kommendem Montag, 12. September, an gelten, wie die Ratspräsidentschaft mitteilte.

Hier die wichtigsten Veränderungen auf einen Blick:

- **Höhere Visumgebühr:** Die Visumgebühr wird für alle Antragsteller von 35 Euro auf 80 Euro angehoben.
- **Längere Bearbeitungszeiten:** Die Standardfrist für Konsulate für die Entscheidung über Visumanträge wird von 10 auf 15 Tage verlängert. Diese Frist kann in Einzelfällen auf höchstens 45 Tage verlängert werden, wenn eine weitere Prüfung des Antrags erforderlich ist.
- **Restriktivere Vorschriften für Mehrfachvisa:** Die Antragstellerinnen und Antragsteller haben keinen einfachen Zugang mehr zu Visa, die für die mehrfache Einreise in den Schengen-Raum gültig sind.
- **Eine längere Liste von Belegen:** Für Antragstellerinnen und Antragsteller gilt für die Beantragung eines Visums künftig die vollständige Liste der erforderlichen Nachweise. Sie werden nicht mehr in den Genuss der vereinfachten Liste des Visaerleichterungsabkommens kommen.

Hier die Information der EU-Kommission über die Änderungen:

[Kommission will Visaerleichterungsabkommen mit Russland vollständig aussetzen \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip19_1912)

In Russland hieß es zunächst, die Antwort könne „symmetrisch, asymmetrisch oder auf eine für die EU überraschende Weise“ ausfallen. Das sagte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko. Während Kremlsprecher Dmitrij Peskow russische Gegenmaßnahmen ankündigte, riet ausgerechnet Außenminister Lawrow von Reaktionen ab. „Ich bin der Meinung, dass wir als Antwort auf diese 'Schengen-Mauern', die sie jetzt für

uns zu errichten versuchen, uns nicht abschotten müssen, dass wir keine Gegenleistungen erbringen und die Bürger der europäischen Länder bestrafen müssen", sagte er. Diese Haltung wurde inzwischen durch Präsident Putin übernommen. Dieser hat auf dem Eastern Economic Forum in Wladiwostok erklärt, dass sich das russische Außenministerium in dieser Angelegenheit nicht vom Grundsatz der Gleichbehandlung leiten lassen und die Erteilung von Visa für Bürger westlicher Länder einschränken sollte. Die russische Tourismusbehörde Rostourism will sogar zeitnah ein vereinfachtes, elektronisches Visaverfahren für Bürger aus insgesamt 52 Staaten einführen – inklusive aller EU-Länder.

Berichte aus der russischen Presse dazu:

[Ростуризм предлагает запустить электронную визу для жителей 52 стран - Новости – Мир – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

[Лавров призвал не отвечать зеркально на шаги ЕС по визам | Новости мира | Известия | 01.09.2022 \(iz.ru\)](#)

[Визы — изи: РФ не собирается в ответ закрывать въезд гражданам ЕС | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Während auf dem EU-Gipfel insbesondere Tschechien, Polen, Finnland und Vertreter der baltischen Staaten die völlige Abschaffung von Touristenvisa verlangten, sprachen sich insbesondere Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Ungarns und der Touristenländer Portugal, Griechenland und Zypern gegen diese Maßnahme aus. Der litauische Präsident Gitanas Nausėda erklärte, der Kompromiss sei eine „halbe Maßnahme“ und nur „ein Vorspiel für entschlosseneren Schritte.“ So suchen Estland, Polen und die Baltischen Staaten nach Möglichkeiten, ihre Visavergabe national noch weiter einzuschränken.

Russische Staatsbürger mit einem Schengen-Visum sollen künftig nicht mehr von Russland oder Belarus aus in die baltischen EU- und Nato-Länder einreisen dürfen. Darauf haben sich nach Angaben der dpa die Außenminister der drei an Russland grenzenden Staaten verständigt. „Wir haben eine grundsätzliche Einigung erzielt“, sagte der lettische Außenminister Edgars Rinkevics am 7. September im litauischen Kaunas nach einem Treffen mit seinen Amtskollegen. Die endgültigen Regelungen sollen in Kürze von den jeweiligen Regierungen auf nationaler Ebene erlassen werden. Demnach soll allen russischen Staatsbürgern mit Schengen-Visa die Einreise verweigert werden - unabhängig davon, von welchem Mitgliedsland es ausgestellt wurde. Ausnahmen gelten sollen u.a. aus humanitären und familiären Gründen sowie für Lastwagen-Fahrer und Diplomaten, sagte Rinkevics. "Wir [...] haben gemeinsam vereinbart, dass legitime Ausnahmen für Dissidenten, humanitäre Fälle, Familienangehörige, Inhaber von Aufenthaltsgenehmigungen, für die Erleichterung von Fracht- und Transportdiensten, diplomatische Vertretungen, den erleichterten Transit von Personen durch Kaliningrad usw. in Kraft bleiben werden.“

Nach Angaben des russischen Innenministeriums haben nur rund 30 Prozent der russischen Staatsangehörigen einen Reisepass. Das sind etwas mehr als 40 Millionen Menschen. Vor Corona hatten Russen jedes Jahr knapp vier Millionen Schengen-Visa ausgestellt bekommen,

im vergangenen Jahr waren es lediglich 514.000. Nach jüngsten Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex kamen seit Beginn des russischen Überfalls fast genau eine Million Russen per Visum in die EU. Davon nutzten 330 000 den kleinen Grenzverkehr mit Finnland, 280 000 fuhren über die estnische Grenze. In Lettland waren es 35 000, in Litauen 135 000. In den Sommermonaten war der Grenzverkehr besonders intensiv. Litauen verzeichnete allein im August 75 000 russische Besucher, dreimal so viele wie im Februar. In Deutschland ist die Lage anders. Nach Angaben der Bundesregierung wurden seit Beginn des Jahres 15.000 sogenannte Schengenvisa an Russen ausgegeben, die einen Besuch von maximal neunzig Tagen Länge erlauben. Außerdem 11.000 nationale Visa für längerfristige Aufenthalte, in der Regel zum Arbeiten oder Studieren. Vor dem Krieg und der Pandemie waren es üblicherweise 30 000 Schengenvisa pro Monat.

In einem Podcast des European Council on Foreign Relations tauschen sich Stefan Meister von der DGAP und Kristi Reik vom Estonian Foreign Policy Institute mit verschiedenen Argumenten über das Thema aus. Während Reik unter anderem Sicherheitsbedenken gegenüber Reisende aus Russland ins Felde führt und hier aufgrund der Kriegslage wachsende Gefahren für das kleine Estland sieht, warnt Meister davor, die russische Gesellschaft weiter von Europa zu isolieren, Reisemöglichkeiten für Oppositionelle zu beschneiden und es so dem Kreml noch leichter zu machen, seine Version der Geschichte im Denken der Menschen zu verankern.

[Europe debates | Should the EU ban Russian tourists from entering the Schengen area? - YouTube](#)

EU + 17: Erstes Treffen für neue politische Gemeinschaft geplant – Ukraine dabei

Die Planungen für eine neue europäische politische Gemeinschaft werden konkreter, dies berichtet das RedaktionsNetzwerkDeutschland RND. Ein erstes Treffen der EU-Staaten und weiterer 17 Länder ist angesetzt – darunter die Ukraine, um deren Situation und den Krieg es auch gehen soll. Frankreich hatte den Vorstoß dazu gemacht, auch Olaf Scholz unterstützt die Idee.

Nach Angaben eines EU-Beamten vom Mittwochabend sollen zu dem ersten Treffen am 6. Oktober in Prag die Staats- und Regierungschefs von 44 Staaten eingeladen werden. Neben den 27 EU-Ländern wären demnach die Ukraine, die Türkei, Großbritannien und die Schweiz mit dabei. Zudem wurden Norwegen, Island, Liechtenstein, Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan sowie die sechs Westbalkanstaaten Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo als gewünschte Teilnehmer genannt.

Ziel der neuen europäischen politischen Gemeinschaft ist es, einen engeren Austausch der EU-Länder mit Partnern außerhalb der EU zu ermöglichen. Bei dem ersten Treffen in der tschechischen Hauptstadt soll es den Angaben des EU-Beamten zufolge unter anderem um Russlands Krieg gegen die Ukraine sowie die Energiekrise und die Wirtschaftslage gehen. Es wird den Planungen zufolge im Vorfeld eines informellen EU-Gipfels organisiert, der am 7. Oktober stattfinden soll.

Der französische Vorstoß für das neue Format wird mittlerweile auch von Deutschland unterstützt. Derzeit fehle ein Forum, bei dem die Staats- und Regierungschefs der EU mit Partnerstaaten ein- oder zweimal jährlich zentrale Themen besprechen könnten, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz Ende August in einer europapolitischen Grundsatzrede in Prag. Zugleich betonte er, dass ein solcher Zusammenschluss keine Alternative zur EU-Erweiterung sein solle.

Ungarn verlangt Änderungen an der EU-Sanktionsliste

Ungarn droht offenbar damit, die Verlängerung einiger Teile der EU-Sanktionen gegen Russland zu blockieren, wenn drei Oligarchen nicht von der Liste gestrichen werden, die nach Moskaus Einmarsch in der Ukraine Ende Februar restriktive Maßnahmen gegen mehr als 1.000 Personen vorsieht. Dies berichtet Radio Free Europe.

Nach Angaben mehrerer diplomatischer Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sind, aber nicht inoffiziell darüber sprechen dürfen, möchte Budapest, dass die drei Oligarchen Alisher Usmanov, Pyotr Aven und Viktor Rashnikov von der Liste des Visumverbots und des Einfrierens von Vermögenswerten gestrichen werden.

Der Schritt kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Europäische Union die Liste der mit Sanktionen belegten Personen um weitere sechs Monate verlängern will. Die EU-Botschafter werden die Angelegenheit am 7. September erörtern, bevor die Frist für die Verlängerung am 15. September abläuft.

Die Liste, die nur einstimmig verlängert werden kann, umfasst derzeit 1.217 Personen und 108 Organisationen. Sie wurde im Laufe des Jahres erweitert, da Brüssel seine restriktiven Maßnahmen gegen Moskau wegen dessen Vorgehen in der Ukraine verschärft hat.

Sowohl Usmanow als auch Aven wurden Ende Februar in die Liste aufgenommen.

Deutschland wirbt für achties Sanktionspaket gegen Russland

Deutschland wirbt nach Informationen der dpa für ein achties Paket mit EU-Sanktionen gegen Russland. Man habe Vorschläge dazu gemacht, sagte Außenministerin Annalena Baerbock vergangene Woche am Rande des EU-Treffens in der tschechischen Hauptstadt Prag.

Details nannte die Grünen-Politikerin nicht. Nach den jüngsten Beratungen auf Ebene der G7-Gruppe der führenden demokratischen Wirtschaftsmächte dürfte die Bundesregierung allerdings insbesondere auf die Einführung einer internationalen Preisobergrenze für russisches Öl dringen.

Vorschläge dazu sehen vor, Russland dazu zu zwingen, Öl künftig für einen deutlich niedrigeren Preis an große Abnehmer wie Indien zu verkaufen. Die Hoffnung ist, dass dies zu einer Entspannung an den Märkten führt. Zudem soll damit auch dafür gesorgt werden, dass Russland nicht mehr von Preisanstiegen für Öl profitiert und damit seine Kriegskasse füllen kann.

Um die Preisobergrenze durchzusetzen, könnten für Öltransporte wichtige Dienstleistungen an die Einhaltung der Preisobergrenze geknüpft werden. So könnte zum Beispiel beschlossen werden, dass westliche Versicherungsdienstleistungen für Transporte mit russischem Öl nicht unter Sanktionsregelungen fallen, wenn die Preisobergrenze eingehalten wird. Ähnliche Regelungen könnte es für Reedereien geben, deren Schiffe russisches Öl transportieren.

Baerbock betonte, dass es für Deutschland wichtig ist, dass die Sanktionen wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf Dauer aufrechterhalten werden können - das gelte vor allen Dingen für die Energiefrage. Sie spielte damit darauf an, dass andere EU-Staaten seit Monaten fordern, alle Energiegeschäfte mit Russland zu verbieten, um dem Staat eine wichtige Einnahmequelle zu nehmen.

Wegen der noch immer großen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen wird dies aber unter anderem von Deutschland abgelehnt. Argumentiert wird dabei auch, dass eine solche Maßnahme in der EU deutlich schlimmere wirtschaftliche Schäden anrichten könnte als in Russland.

Wegen des russischen Angriffs gegen die Ukraine hat die EU bislang sechs Pakete mit umfassenden Strafmaßnahmen gegen Russland auf den Weg gebracht. Ein siebtes Paket im Juli wurde dazu genutzt, bestehende Sanktionen anzupassen und umfasste zudem ein Einfuhrverbot für russisches Gold.

Weitere Meldungen aus der EU:

EU-Bericht zu Ausfuhrkontrollen

Die Europäische Kommission hat einen Bericht an das EU-Parlament über die Durchführung von Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Jahr 2021 veröffentlicht (der auch aggregierte Ausfuhrkontrolldaten für 2020 enthält). Der Bericht folgt auf die Verabschiedung der neuen Ausfuhrkontrollverordnung (Verordnung (EU) 2021/821) im Mai 2021. Der Bericht umfasst:

- die Ausfuhrkontrollpolitik, einschließlich des Handels- und Technologierats EU-USA (TTC) und seiner Arbeitsgruppe für Ausfuhrkontrolle
- Änderungen der Dual-Use-Kontrollen durch die Verordnung (EU) 2021/821;
- Um- und Durchsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten, einschließlich der im Nordirland-Protokoll festgelegten Regelungen;

- Aktivitäten der Dual-Use-Koordinierungsgruppe (DUCG), die im Jahr 2021 sechs Sitzungen abhielt;
- Leitlinien für Forschung mit doppeltem Verwendungszweck; und Schlüsseldaten zu EU-Ausfuhrkontrollen.

[EUR-Lex - 52022DC0434 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Drei neue EU-Listungen

Am 1. September 2022 wurden die Mitglieder der russischen Staatsduma Alla Viktorowna Poljakowa und Anton Olegowitsch Tkatschow sowie Waleri Andrejewitsch Ponomarjow, Mitglied des russischen Föderationsrates, in die Russland-Sanktionsliste der EU aufgenommen. Poljakowa und Tkatschow sollen für die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk gestimmt haben, während Ponomarjow den entsprechenden Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand Russlands mit diesen Gebieten ratifiziert haben soll.

[EUR-Lex - 32022D1447 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Neue Zusammenstellung der FAQ zu Sanktionen

Die EU-Kommission hat eine konsolidierte Zusammenfassung mit FAQ zu den Russland-Sanktionen veröffentlicht. Hier die Zusammenfassung:

[faqs-sanctions-russia-consolidated_en_1.pdf \(europa.eu\)](#)

Neu veröffentlicht wurden Leitlinien für diese Themen:

- [central securities depositories](#);
 - [import, purchase and transfer of listed goods](#);
 - [execution of contracts and claims](#);
 - [assets freeze and prohibition on making funds and economic resources available](#);
 - [insurance and reinsurance](#);
 - [reporting obligations under the oil import restrictions](#)
 - [public procurement](#).
-

Leitfäden zu EU-Sanktionen

Im August hat die Europäische Kommission neue Leitfäden veröffentlicht, die die Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland erleichtern sollen. Dazu gehören Leitlinien für die Einfuhr, den Kauf und den Transfer von börsennotierten Waren sowie für Zentralverwahrer.

Weitere Informationen über alle EU-Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine ergriffen wurden, sowie die Leitfäden finden Sie hier.

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

Keine EU-Sanktionen im Agrarsektor

Mit diesem Faktenblatt informiert die EU darüber, dass es keine direkten Sanktionen gegen den russischen Agrarsektor gibt, um die Nahrungsmittelversorgung und Exporte nicht zu gefährden. Allerdings wird als indirekte Folge weiterer Sanktionen zunehmend über Lieferprobleme bei Ersatzteilen für Landmaschinen berichtet.

[Agrifood trade and EU sanctions \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Einschränkungen für Verkauf russischer Anteile für Gesellschafter aus „unfreundlichen Staaten“

Der russische Präsident hat am 8. September einen Erlass unterzeichnet, der die Veräußerung von Anteilen an russischen Gesellschaften unter Genehmigungsvorbehalt stellt (Erlass Nr. 618 vom 8. September „Über das spezielle Verfahren zur Durchführung von bestimmten Transaktionen zwischen bestimmten Personen“). Der Erlass ist bereits veröffentlicht und somit in Kraft getreten. Der Erlass betrifft Transaktionen von Anteilen an russischen GmbH, deren Gesellschafter aus „unfreundlichen Staaten“ stammen. Der Genehmigungsvorbehalt gilt auch für den Verkauf an russische natürliche oder juristische Personen. Derartige Transaktionen sind ab sofort nur noch mit Genehmigung der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erlaubt. Das Verfahren soll bis 19. September genauer bestimmt werden.

Hier der Ukas im Original:

[pres_090922-618.pdf \(consultant.ru\)](#)

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf der Seite der Kanzlei Brand&Partner: [Einschränkungen für Verkauf russischer Anteile für Gesellschafter aus „unfreundlichen Staaten“ \(bbpartners.ru\)](#)

Energie als Waffe im Sanktionskampf

Russlands Erdgasexporteur Gazprom hat Ende August gleichzeitig seine Lieferungen an die drei größten EU-Länder gedrosselt:

- Deutschland erhält aktuell kein Gas mehr über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1. Nachdem überraschend für Ende August eine Turbinenwartung angesetzt worden war, habe man ein Ölleck entdeckt, das den Lieferstopp notwendig mache. Inzwischen wird auch in der russischen Presse offen über einen langfristigen Lieferstopp geschrieben. Der Konzern Siemens Energy, der für die Turbinentechnik zuständig ist, hält die technischen Probleme für vorgeschoben und verweist auf alternative Turbinen, die eingesetzt werden könnte.
- Vergangene Woche stoppte Gazprom auch die Lieferungen nach Frankreich, weil der französische Konzern Engie seine Rechnung für Juli nicht bezahlt habe. Brancheninsidern zufolge geht es dabei um einen Vertragsstreit, insbesondere über die Force-Majeure-Klausel in Verträgen, die Gazprom für sich geltend gemacht hatte, als die Zahlung für Gas auf Rubel umgestellt worden waren.
- Eine Kürzung gab es vergangene Woche auch bei den russischen Gaslieferungen an Italien. Der italienische Konzern Eni wurde von den Russen kurzfristig über eine

verringerte Liefermenge informiert: Statt zuletzt 27 Mio. m³ kündigte Gazprom 20 Mio. m³ pro Tag an. Im Juli waren es noch 34 Mio. m³. Es ist unklar, ob dies womöglich eine längerfristige Drosselung ist.

Parallel zu den Lieferkürzungen und Ausfällen gibt es Berichte, nach denen Gazprom im Gebiet St. Petersburg Erdgas in signifikanten Mengen abfackelt und damit zu einer weiteren Belastung des Klimas beiträgt.

Russische Beamte haben in den letzten Wochen keinen Hehl mehr aus ihrer Hoffnung gemacht, dass die wachsende Energiekrise in Europa die Unterstützung des Blocks für die Ukraine verringern wird, heißt es in einem Bericht der Financial Times. „Offensichtlich wird das Leben für die Menschen, Geschäftsleute und Unternehmen in Europa immer schlechter“, sagte demnach ein russischer Regierungssprecher Peskow. „Natürlich werden die Menschen in diesen Ländern immer mehr Fragen an ihre Führer haben.“

Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew äußerte sich am 4. September noch deutlicher, nachdem der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ein Hilfspaket in Höhe von 65 Milliarden Euro angekündigt hatte, um die steigenden Energiekosten abzufedern.

Medwedew, sagte, Deutschland agiere als „Feind Russlands“, indem es Sanktionen gegen Moskau unterstütze und die Ukraine mit Waffen beliebere. „Sie haben einen hybriden Krieg gegen Russland erklärt“, schrieb Medwedew auf Telegram. „Und dieser alte Mann tut so, als wäre er überrascht, dass die Deutschen ein paar kleine Probleme mit Gas haben.“

Hintergründe:

[Gazprom und Siemens Energy: Streit über Grund für Gas-Lieferstopp | tagesschau.de](#)
[Gas-Pipeline: Wie geht es weiter mit Nord Stream 1? - ZDFheute](#)

Russisches Außenministerium kündigt weitere Einreiseverbote an

Das russische Außenministerium hat als Reaktion auf die von den jeweiligen Regierungen beschlossenen Russland-Sanktionen Reiseverbote für eine nicht näher bezeichnete Anzahl von EU-Bürgern und 25 US-Bürgern angekündigt.

Zu den betroffenen EU-Bürgern gehören angeblich führende Militärs, hochrangige Beamte der Strafverfolgungsbehörden und Vertreter europäischer Unternehmen, die an der Herstellung/Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung für die Ukraine beteiligt sind.

Zu den aufgelisteten US-Bürgern gehören Regierungsminister und andere Politiker, Mitglieder des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft sowie die Schauspieler Ben Stiller und Sean Penn. Eine vollständige Liste der US-Bürger, gegen die ein russisches Reiseverbot verhängt wurde, finden Sie hier:

[Соединенные Штаты Америки \(США\) - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Weitere Informationen:

[Заявление МИД России об ответных мерах на антироссийские санкционные решения Евросоюза - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Russland untersagt 55 kanadischen Staatsangehörigen die Einreise

Russland hat 55 kanadischen Staatsangehörigen die Einreise in das Land untersagt. Dies teilte das russische Außenministerium am 31. August mit.

[Россия запретила въезд в страну 55 гражданам Канады | Новости мира | Известия | 31.08.2022 \(iz.ru\)](#)

Liste:

[Заявление МИД России о введении персональных санкций в отношении ряда граждан Канады - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Arbeit im „Exil“ soll in Russland besteuert werden

Das russische MinFin bereitet einen Gesetzesentwurf vor, wonach Einkünfte aus angestellter Tätigkeit bei einem russischen Unternehmen, die im Ausland ausgeübt wird, ausschließlich einer Besteuerung in Russland unterliegen soll, was im Widerspruch zu den meisten geltenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) stehen würde.

Eine Analyse dieser Maßnahme finden Sie bei RSP International:

[Russland - Arbeit im „Exil“ soll in Russland besteuert werden \(rsp-i.info\)](#)

Parallelimporte: Änderung an der Warenliste

Die Liste der Waren, für die Parallelimporte erlaubt sind, wurde erneut erweitert. Die Liste wurde um Foto- und Filmausrüstung ergänzt. Gleichzeitig wurden solche Waren wie Seide, andere pflanzliche Textilfasern, Papiergarn und Gewebe aus Papiergarn, chemische Fäden und Chemiefasern von der Liste der Parallelimporte heruntergenommen.

Zu den Hintergründen:

[Russland - Änderungen zu Parallelimporten \(rsp-i.info\)](#)

Weitere Meldungen zu Russland:

Putin nutzt Wirtschaftsforum für verbale Attacken gegen westliche Sanktionen

Im Rahmen des Wirtschaftsforums in Wladiwostok hat Kremlchef Wladimir Putin den vor mehr als sechs Monaten angeordneten Angriffskrieg gegen das Nachbarland Ukraine abermals als angeblich notwendig zum Schutz Russlands verteidigt und die westlichen Sanktionen als Gefahr für die Welt bezeichnet, berichtet die FAZ. „Ich kann sagen, dass der hauptsächliche Zugewinn die Stärkung unserer Souveränität ist – und das ist ein unweigerliches Ergebnis dessen, was gerade passiert“, sagte Putin beim 7. Östlichen Wirtschaftsforum. Mit Blick auf den Krieg fügte er an: „Wir haben (dadurch) nichts verloren und werden nichts verlieren.“

Die vom Westen verhängten Sanktionen kritisierte Putin scharf – und erklärte sie zugleich für gescheitert. Sie seien kurzsichtig und eine Gefahr für die gesamte Welt. Der Westen habe die Weltwirtschaft ausgehöhlt mit einem aggressiven Versuch, seine internationale Vorherrschaft durchzusetzen. Dieser Versuch sei vergeblich gewesen, denn die Welt orientiere sich zunehmend in Richtung Asien, betonte Putin. Auf dem Wirtschaftsforum äußert sich der russische Präsident auch zum Thema Energie: Putin droht damit, alle Gas- und Öllieferungen zu stoppen, sollte der Westen russische Energieexporte mit einem Preisdeckel versehen. Entsprechende Forderungen in der EU seien „dumm“, sagt er. Sollte es dazu kommen, werde Russland sich nicht mehr an seine Lieferverträge halten.

Putin sagte weiter, die russische Wirtschaft trotz den Sanktionen, die er als finanzielle und technologische Aggression des Westens bezeichnete. Zugleich räumte der Präsident aber auch ein, dass es in einigen Branchen und Regionen Schwierigkeiten gebe. So hätten Unternehmen zu kämpfen, die auf Zulieferungen aus Europa angewiesen seien. Putin warnte zudem vor wachsenden Problemen auf den weltweiten Lebensmittelmärkten, die für viele Menschen katastrophale Auswirkungen haben könnten. Russland habe alles getan, damit die Ukraine Getreide exportieren könne, betonte Putin. Doch das Getreide gehe nicht in die ärmsten Regionen der Welt, sondern in die EU. Putin sagte, er wolle mit der Türkei über eine Änderung des Abkommens sprechen.

Putin segnet neue außenpolitische Doktrin ab

Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine neue außenpolitische Doktrin gebilligt, die auf dem Konzept der „russischen Welt“ basiert. Russland solle "die Traditionen und Ideale der russischen Welt schützen, bewahren und fördern", heißt es in dem am Montag veröffentlichten, 31 Seiten langen Dokument. "Die Russische Föderation unterstützt ihre im Ausland lebenden Landsleute bei der Durchsetzung ihrer Rechte, um den Schutz ihrer Interessen und der Bewahrung ihrer russischen kulturellen Identität sicherzustellen." Das Konzept der "russischen Welt" ist von Konservativen als Rechtfertigung für ein Vorgehen im Ausland zur Unterstützung russischsprachiger Gruppen herangezogen worden. Putin hat wiederholt auf die etwa 25 Millionen Russen hingewiesen, die sich nach dem

Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 in den daraus hervorgegangen, unabhängigen Staaten wiederfanden.

["Russische Welt": Putin segnet außenpolitische Doktrin ab - ZDFheute](#)

Weiter Einschränkungen für Fremdwährungsverkehr

Die russische Zentralbank hat die Einschränkungen für Privatpersonen, Bargeld in Fremdwährung abzuheben, um weitere sechs Monate bis zum 9. März 2023 verlängert. Auch die Beschränkungen für den Kauf von Fremdwährungen bleiben bis zum 9. März 2023 in Kraft: Banken dürfen Euro und US-Dollar, die sie in bar erhalten haben, vorerst nicht an die Bürger verkaufen. Zur Erinnerung: Anfang März hatte die Zentralbank vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen und der Volatilität der Finanzmärkte den Bargeldumlauf in Russland eingeschränkt. Die Aufsichtsbehörde hat den Kauf von Bargeld durch Privatpersonen verboten und die Auszahlung aus bestehenden Einlagen auf 10.000 US-Dollar beschränkt.

[ЦБ РФ продлил до 9 марта 2023 года ограничения для граждан на снятие наличной валюты - ТАСС \(tass.ru\)](#)

Deutschland wird als Gegner wahrgenommen

Die Einstellung der Russen Deutschland gegenüber hat sich dramatisch verschlechtert. Das legt eine aktuelle Umfrage des staatlichen Demoskopie-Instituts WZIAM nahe, auf die die ANK Moskau hinweist. Gefragt nach den Ländern, deren Beziehungen mit Russland besonders „feindselig“ seien, nannten demnach 32 Prozent die Bundesrepublik. Die offene Frage erlaubte mehrere Antworten. Bei den letzten Erhebungen von 2019, 2018 und 2014 waren es 9 Prozent, 14 Prozent und 10 Prozent. Kein anderes Land hat in der Feind-Frage in diesem Jahr derart stark zugelegt. Die Spitzenplätze belegen traditionell die USA (76%) und Großbritannien (39%). Vor Deutschland liegt im Negativ-Ranking auch noch die Ukraine. Sie nannten diesmal 43% der Befragten, deutlich weniger als 2019 (53%). Für die „freundlichsten“ Länder halten die Russen nach wie vor China und Belarus. Die größten Aufsteiger in der Freund-Frage sind dieses Jahr Indien, Türkei, Serbien und Iran, stark eingebüßt hat Kasachstan.

[Россияне назвали главных недругов и друзей Москвы — РБК \(rbc.ru\)](#)

Litauen hat Vorauszahlung für den Kaliningrader Frachttransit erhalten

Die litauische Eisenbahn hat offenbar von russischen und weißrussischen Unternehmen eine Vorauszahlung von 2,5 Millionen Euro für die Beförderung von genehmigten Transitgütern in die Region Kaliningrad erhalten, dies berichtete die russische Zeitung Iswestija unter Berufung auf den Leiter des Unternehmens Egidijus Lazuskas. Ihm zufolge könnte diese Summe für drei bis vier Wochen ausreichen, aber es sei nicht ausgeschlossen, dass der Transit gestoppt wird, wenn die Transportunternehmen keine Lösung für eine legale Abrechnung mit den LTGs finden, d.h. sie das Geld nicht an eine litauische Bank überweisen.

[Литва сообщила о получении предоплаты за калининградский транзит грузов | Новости мира | Известия | 01.09.2022 \(iz.ru\)](#)

Ukraine verhängt Sanktionen gegen mehr als 600 Russen

Wegen des russischen Angriffskrieges hat die Ukraine nach Angaben des Handelsblatts Sanktionen gegen 606 Mitglieder der politischen Führung in Moskau verhängt. Von dieser Entscheidung des Sicherheitsrates der Ukraine berichtete Präsident Wolodymyr Selenskyj am Mittwoch in Kiew. „Sie tragen Verantwortung für den Krieg Russlands gegen die Ukraine, für den Terror gegen unser Volk, und keiner von ihnen wird der Strafe entgehen. Das ist nur eine Frage der Zeit“, sagte er. Von 32 Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates unter Vorsitz von Präsident Wladimir Putin wurden demnach 28 Mitglieder auf die ukrainische Strafliste gesetzt. Von 450 Abgeordneten der russischen Staatsduma sind es 424, von 170 Senatoren im Föderationsrat 154. Selenskyj sagte nicht, wer jeweils ausgenommen worden sei. Er nannte auch keine Details zu den Sanktionen.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

5. Sanktionen der USA

G7 planen Preisobergrenze für russisches Öl

Am 2. September 2022 gaben die Finanzminister der G7-Staaten eine Erklärung ab, in der sie ihre gemeinsame Absicht bekräftigten, eine Preisobergrenze für Rohöl und Erdölprodukte russischer Herkunft einzuführen. Wie in der G7-Erklärung beschrieben, planen die G7-Länder, zusammen mit anderen Verbündeten und Partnern, die Erbringung von Dienstleistungen zu verbieten, die den Seetransport von solchem Öl und solchen Produkten ermöglichen, es sei denn, sie werden zu einem Preisniveau erworben, das von der Koalition der Länder, die der Preisobergrenze beitreten und sie umsetzen, festgelegt wurde.

Zusätzlich gab auch Finanzministerin Janet L. Yellen eine separate Erklärung zur Preisobergrenze ab. Darüber hinaus wird das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums voraussichtlich im September vorläufige Leitlinien für die Umsetzung der Preisobergrenze veröffentlichen. Die vorläufige Anleitung wird einen Überblick über diesen Mechanismus geben, einschließlich der Frage, wie US-Personen ihn einhalten können, bevor zu einem späteren Zeitpunkt eine formelle Anleitung und rechtliche Umsetzung veröffentlicht wird.

Weitere Informationen zu diesen Maßnahmen:

[Updates Related to Price Cap on Russian Oil | U.S. Department of the Treasury](#)

[Preisdeckel für russisches Öl: G7 werben für globale Koalition | tagesschau.de](#)

Drohnenlieferungen an Russland: USA verhängen neue Sanktionen gegen Iran

Die US-Regierung hat nach Informationen des RedaktionsNetzwerksDeutschland Sanktionen gegen ein Unternehmen aus dem Iran verhängt. Die Firma soll an der Lieferung unbemannter Drohnen nach Russland beteiligt gewesen sein. US-Informationen deuteten darauf hin, dass Russland beabsichtige, die iranischen Drohnen im Krieg gegen die Ukraine einzusetzen, hieß es.

Zudem seien drei weitere Unternehmen und eine Einzelperson auf die Sanktionsliste gesetzt worden, die an der Entwicklung und Beschaffung von Drohnen für die iranische Revolutionsgarde beteiligt gewesen sein sollen.

Übersicht über bisherige Sanktionsmaßnahmen

Das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Handelsministeriums hat eine Zusammenfassung der Maßnahmen veröffentlicht, die es im Rahmen der Ausfuhrkontrollen

ergriffen hat, die Russland als Reaktion auf seine Aggression gegen die Ukraine auferlegt wurden. Das BIS hat:

- mehr als ein Dutzend Verordnungen zur Einführung neuer Ausfuhrkontrollen erlassen, was zu einem 97-prozentigem Rückgang (nach Wert) der Ausfuhren von Gütern, die neuen Kontrollen unterliegen, nach Russland und Weißrussland führte (24. Februar - 12. August 2022, verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Jahr 2021).
- Bildung einer Koalition von 37 Partnerländern, die im Wesentlichen ähnliche Kontrollen eingeführt haben, darunter: Australien, Kanada, EU-Mitgliedstaaten, Island, Japan, Südkorea, Schweiz und das Vereinigte Königreich.
- Beschleunigte Genehmigungen von Gütern im Gesamtwert von über 1 Milliarde Dollar zur Unterstützung der ukrainischen Verteidigungskapazitäten, darunter Schusswaffen, Munition, Nachtsichtgeräte und Schutzausrüstung.
- Verhinderung von über 100 Lieferungen nach Russland und Weißrussland.
- Beschlagnahmung von 244 Sendungen im Gesamtwert von über 93 Millionen Dollar.
- Aufnahme von 335 Organisationen in die Entitätenliste wegen Unterstützung des russischen Militärs.
- Gemeinsame Maßnahmen mit dem Justizministerium gegen die russischen „Oligarchen“ Roman Abramowitsch und Andrej Skotsch (siehe früheren Beitrag).
- Erlass von 9 temporären Verweigerungsanordnungen (Temporary Denial Orders, TDOs) gegen russische und weißrussische kommerzielle und Frachtfluggesellschaften.
- Zusammen mit dem FinCEN des Finanzministeriums wurde die erste gemeinsame Warnung an Finanzinstitutionen über mögliche russische und belarussische Versuche der Umgehung von Ausfuhrkontrollen herausgegeben (früherer Beitrag).
- Veröffentlichung und Pflege einer Liste kommerzieller und privater Flugzeuge, die wahrscheinlich gegen die US-Ausfuhrkontrollgesetze verstoßen.

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/3123-2022-08-24-press-release-commerce-actions-in-support-of-ukraine/file>

USA warnen Türkei vor Sekundärsanktionen

Der türkische Präsident Erdogan profiliert sich gegenwärtig mit einer Schaukelpolitik gegenüber Russland. Einerseits ist das Land NATO-Mitglied und spielte eine wichtige Rolle in der Vermittlung von Getreidelieferungen über das Schwarze Meer. Andererseits vollzieht die

Türkei die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht nach und entwickelt sich immer mehr zu einer Handelsdrehscheibe von westlichen Gütern in Richtung Russland. Viele russische Unternehmen sind zuletzt in die Türkei gewechselt und in den türkischen Immobiliensektor fließen gegenwärtig Milliarden aus russischen Quellen.

Die US-amerikanische Regierung hat nach Informationen der FAZ nun die Türkei wissen lassen, dass sie Sekundärsanktionen gegen türkische Banken und Unternehmen wegen deren Beziehungen mit Russland verhängen könne. Die türkischen Banken müssten sich dann entscheiden, ob sie mit russischen oder mit amerikanischen Finanzinstituten Geschäfte machen wollten, heißt es in einem Brief aus Washington.

Ähnlich könnten die Europäer die türkischen Fluggesellschaften vor die Wahl stellen, ob ihnen der westliche Markt wichtiger ist oder der russische.

[Türkei unterläuft Sanktionen gegen Russland: NATO wird misstrauischer \(faz.net\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Das Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI hat im Rahmen seines jährlichen Berichts über eingefrorenen Besitz alle Stellen, die wirtschaftliche Ressourcen oder Fonds kontrollieren, die gelisteten Personen oder Unternehmen gehören, dazu aufgefordert, die Details zu diesen Assets der Behörde bis zum 11. November 2022 mitzuteilen. Der Wert der blockierten Assets ist demnach mit Stichtag 30. September zu bestimmen.

Hintergrundinformationen dazu:

[Financial Sanctions Notice 2022 .pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/107111/Financial_Sanctions_Notice_2022.pdf)

Untersuchung zu Finanzströmen

Die Frist für die Einreichung erster schriftlicher Beweismittel für die Untersuchung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des britischen Unterhauses zum Thema „Reaktion auf illegale und neu entstehende Finanzströme“ wurde bis Dienstag, den 27. September 2022, verlängert. Die Untersuchung, die am 1. Februar 2022 angekündigt wurde, bewertet, wie effektiv das Vereinigte Königreich auf die Herausforderung der grenzüberschreitenden illegalen Finanzströme reagiert und baut auf dem Bericht „Moscow's Gold“ auf.

Folgende Fragen sollen geklärt werden:

Wie wirksam sind die Sanktionsregelungen des Vereinigten Königreichs in Bezug auf Korruption und Menschenrechte?

Wie könnten Sanktionen wirksamer zur Bekämpfung der illegalen Finanzierung eingesetzt werden?

Welche anderen Maßnahmen außer Sanktionen können gegen illegale Finanzierungen eingesetzt werden, einschließlich bilateraler und multilateraler Ansätze?

[Responding to illicit and emerging finance - Committees - UK Parliament](https://www.parliament.uk/business/committees/committees-a-z/commons-select/foreign-affairs-and-international-development/committees/committees-in-briefing/2022/responding-to-illicit-and-emerging-finance/)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Agrar Heute

Russland könnte Getreidedeal stoppen

Die europäischen Weizenpreise stiegen am Mittwoch um 3,1 Prozent auf den höchsten Stand seit fast zwei Monaten. Der Markt preist damit das mögliche Ende des Getreidekorridors am Schwarzen Meer ein, sagte ein Getreidehändler. Russlands Präsident Putin sagte, Russland und die Entwicklungsländer seien durch das von der UNO vermittelte ukrainische Getreideexportabkommen „betrogen“ worden.

Auslöser des Preissprungs bei Getreide ist die massive Kritik Russlands an dem Exportabkommen für ukrainisches Getreide aus den ukrainischen Exporthäfen am Schwarzen Meer. Russlands Außenminister Sergej Lawrow forderte außerdem die Aufhebung „logistischer Sanktionen, die den freien Zugang russischen Getreides und Düngemittels zu den Weltmärkten verhindern“.

Hochrangige UN-Vertreter und russische Beamte trafen sich deshalb am Mittwoch in Genf, um russische Beschwerden zu erörtern, dass westliche Sanktionen seine Getreide- und Düngemittelsexporte behindern, berichten Reuters und andere internationale Nachrichtenagenturen.

Wirtschaftswoche:

Wie russischer Stahl trotz Sanktionen nach Deutschland kommt

Dank Ausnahmeregelungen und Schlupflöchern in Gesetzen gehören die europäischen Länder auch nach dem Krieg in der Ukraine zu den größten Abnehmern von Stahlprodukten aus Russland, berichtet die Wirtschaftswoche. Teilweise als Vorerzeugnisse, teilweise als Fertigprodukte, die die Händler in anderen Ländern umetikettieren oder deren Herkunft sie verschleiern, findet Stahl in Europa seine Abnehmer. Das bestätigen Insider und Experten gleichermaßen.

Zum vollständigen Artikel:

[Russland: Wie Stahl trotz Sanktionen nach Deutschland kommt \(wiwo.de\)](https://www.wiwo.de/2022/03/23/russland-wie-stahl-trotz-sanktionen-nach-deutschland-kommt)

Stillstand der Düngemittelindustrie in Europa

Der extrem hohe Gaspreis trifft die europäischen Düngerhersteller hart, berichtet das Handelsblatt. Mindestens 70 Prozent der Kapazitäten für Stickstoffdünger in Europa sind inzwischen gedrosselt oder komplett heruntergefahren, wie aktuelle Werte des Branchenverbands Fertilizers Europe (FE) und des Marktforschers ICIS zeigen.

Firmenvertreter und Branchenverbände rufen offen nach Staatshilfen für die Not leidende Düngerindustrie, denn die Krise könnte auch mittelfristig einschneidende Auswirkungen haben. Experten befürchten, dass die Düngerherstellung ganz aus Europa verschwinden könnte und sich der Kontinent in eine gefährliche Abhängigkeit von Importen begibt. In Regionen mit billigerem Erdgas wie am Persischen Golf werden gerade viele neue Anlagen in Betrieb genommen oder gebaut.

Auch Russland könnte von einem dauerhaften Ausfall der europäischen Stickstofffertigung profitieren. Das Land ist der weltgrößte Produzent und Exporteur von Dünger und Ammoniak. Aktuell hat Russland den Export zwar massiv eingeschränkt und liefert nur noch an Länder, die der Kreml im Ukrainekrieg auf seiner Seite wähnt.

Bloomberg:
Stromkrise führt zu immer tieferen Einschnitten in der europäischen Aluminiumproduktion

Die europäische Aluminiumindustrie leidet unter dem Druck steigender Energiekosten. In den letzten Tagen kündigten zwei weitere Hersteller Produktionskürzungen an, während die lokale Metallindustrie bekräftigte, dass sie sich einer „existenziellen Bedrohung“ gegenüber sieht.

Die Speira GmbH wird die Produktion ihrer Hütte in Deutschland bis auf weiteres um 50 Prozent drosseln, während Europas größte Aluminiumhütte, Aluminium Dunkerque Industries France, mitteilte, dass sie die Produktion bis Ende des Monats um 22 Prozent reduzieren wird. Die Drosselungen zeigen die extremen Auswirkungen der Energiekrise auf die europäische Metallindustrie, die zu den größten industriellen Verbrauchern von Strom und Gas gehört. Eine Gruppe, die die größten Produzenten der Region vertritt, warnte in einem Schreiben an die Politiker der Europäischen Union, dass die Energiekrise zu einer „permanenten Deindustrialisierung“ in der Union führen könnte, wenn nicht ein Paket von Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt wird.

[German Aluminum Smelter Speira Halves Production on Soaring Power Costs - Bloomberg](#)

Handelsblatt:
Arcelor-Mittal stellt Produktion an zwei deutschen Standorten ein

In Bremen und Hamburg legt der Stahlkonzern laut Informationen des Handelsblatts zwei Anlagen still, weil sie aufgrund der hohen Energiekosten nicht mehr wirtschaftlich seien. Auch an anderen Standorten gibt es bereits Kurzarbeit. Die Herstellung sei schlicht nicht mehr wettbewerbsfähig, heißt es am Freitag in einer Mitteilung des Konzerns mit Sitz in Luxemburg. Konkret geht es um einen der zwei Hochöfen zur Flachstahlproduktion in Bremen und eine Direktreduktionsanlage in Hamburg. Ende September soll der Bremer Hochofen außer Betrieb gehen, in Hamburg ist von einem Stopp im vierten Quartal die Rede.

Toilettenpapierhersteller Hakle geht in Insolvenz

Der Düsseldorfer Hygienepapierhersteller Hakle GmbH ist zum Sanierungsfall geworden, Grund sind offenbar die stark gestiegenen Rohstoff- und Energiekosten. Das Unternehmen habe ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung beantragt, sagte eine Sprecherin des Düsseldorfer Landgerichts. Die »massiv gestiegenen Kosten für Material- und Energiebeschaffung sowie der Transporte« hätten bislang nicht in hinreichendem Umfang an die Kunden im Lebensmitteleinzelhandel und den Drogeriesektor weitergegeben werden können, klagte das Unternehmen.

[Hakle: Toilettenpapier-Hersteller ist insolvent - DER SPIEGEL](#)

rbb:

PCK Schwedt vor schweren Zeiten

Die Zukunft der PCK-Raffinerie in Schwedt ist weiterhin unsicher. An der von der Bundesregierung angekündigten Vollauslastung des Betriebs gibt es mittlerweile von Seiten der Brandenburger Landesregierung Zweifel.

Eine Rückkehr der Raffinerie PCK in Schwedt (Uckermark) zum Normalbetrieb ist aus Sicht von Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) angesichts des geplanten Öl-Embargos gegen Russland nicht möglich. "Von dieser technischen Forderung mussten wir Abstand nehmen", sagte Steinbach am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss des Landtags in Potsdam. "Das war - muss man auch sagen - politisch eine verkürzte Aussage zu sagen, wir wollen wieder, dass die zu 100 Prozent läuft."

Die Versorgungssicherheit für den Nordosten Deutschlands sei für den Fall des Embargos gewährleistet auf Basis eines Betriebes bei PCK "irgendwo zwischen 45 und 60 Prozent", sagte der Minister. Mit einer Ertüchtigung der Pipeline zwischen Rostock und Schwedt werde darüber hinaus eine Auslastung wie vor dem Ukraine-Krieg angestrebt, das seien zwischen 80 und 85 Prozent des Normalbetriebs, aber nicht 100 Prozent. Dafür habe der Bund auch eine Kostenübernahme zugesagt. "Dieses wird aber zwischen zwei und zweieinhalb Jahren je nach Projektausführung dauern", betonte er.

[Öl-Embargo gegen Russland: Wirtschaftsminister sieht keine Rückkehr zum kompletten PCK-Normalbetrieb | rbb24](#)

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

USA verteilen 2,2 Milliarden an die Ukraine und 17 weitere Staaten

Bei einem zuvor nicht angekündigten Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew gab US-Außenminister Anthony Blinken ein weiteres Hilfspaket über rund 2,2 Milliarden Dollar bekannt. Es soll der Ukraine und 18 europäischen Staaten zugutekommen, die potenziell von Russland bedroht werden. Die Ukraine soll demnach eine Milliarde aus dem Paket erhalten und der Rest aufgeteilt werden. Neben dem Baltikum geht es um ehemalige Ostblockstaaten wie Bulgarien, Rumänien und Polen, zahlreiche Balkanstaaten wie Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und Kroatien, sowie ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien und Moldau. Auch Griechenland ist darunter. Insgesamt wächst die US-Hilfe für die Ukraine damit auf 15,2 Milliarden US-Dollar an. Ein Teil davon wurde aber bereits vor dem russischen Angriff auf das Land geleistet.

Ukraine erstellt Plan für schnellen Aufschwung nach dem Krieg

Nach Informationen von Germany Trade & Invest (GTAI) hat die Ukraine einen Plan für einen schnellen Aufschwung nach dem Krieg vorgelegt. Demnach soll in zehn Schritten die ukrainische Wirtschaft möglichst schnell den Anschluss an die westlichen Industrieländer schaffen. Das Rezept: weniger Staat und mehr Privatinitiative. Als erstes Etappenziel strebt Kiew bis 2032 ein BIP pro Kopf von 12.000 US-Dollar an. Die Wirtschaftsleistung soll jährlich um durchschnittlich sieben Prozent wachsen. Mit einer umfassenden Liberalisierung will die Ukraine nach Kriegsende die Konjunktur in Schwung bringen. Innerhalb von zehn Jahren soll sich die Wirtschaftsleistung verdreifachen.

Folgende Schritte sind geplant:

- Schritt 1: Staatsquote senken
- Schritt 2: Diversifizierung der Wirtschaft
- Schritt 3: Freies regulatorisches Umfeld
- Schritt 4: Rechtsstaatlichkeit
- Schritt 5: Export als Wachstumsmodell
- Schritt 6: Intensivierung der Investitionen
- Schritt 7: Verbesserung der Logistik auf dem Landweg
- Schritt 8: Rückzug des Staates durch Massenprivatisierung
- Schritt 9: Öffentlich-private Partnerschaften für soziale Objekte
- Schritt 10: Durchbruch bei Innovationen

Der Plan von Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko setzt auf einen Aufschwung durch die Entfesselung der Marktkräfte und weitreichende Liberalisierung. „Wirtschaftliche Freiheit beginnt da, wo der Staat endet“, schrieb die Ministerin in einem Beitrag für die Ukrainska Pravda. Der Staat wolle dabei das Risiko der Investitionen mit Garantien abfedern

Hier der vollständige GTAI-Beitrag:

[Ukraine erstellt Plan für schnellen Aufschwung nach dem Krieg | Wirtschaftsumfeld | Ukraine | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#)

Wiederaufbauplan des German Marshall Fund

Der German Marshall Fund schlägt nach Informationen des Spiegel vor, dass anstelle der EU die G7-Staaten gemeinsam Verantwortung für die Rekonstruktion der Ukraine übernehmen und zu diesem Zweck ein Abkommen schließen sollen. Als Koordinator einer solchen Anstrengung wäre eine erfahrene amerikanische Führungspersönlichkeit am besten geeignet, so der Geschäftsführer des Berliner GMF-Büros Thomas Kleine-Brockhoff.

Der zu ernennende amerikanische Koordinator oder die Koordinatorin soll demnach eine Taskforce bilden, die von der EU-Kommission unterstützt werden soll. Der Plan des Thinktanks sieht vier Phasen vor: die Unterstützung während des Krieges, den Wiederaufbau nach einem Waffenstillstand, die Phase der Modernisierung und Digitalisierung und schließlich die Vorbereitung des EU-Beitritts durch gezielte Investitionen in die Angleichung an EU-Standards.

Der neue Marshallplan des GMF sieht vor allem »grants« vor, Geldgeschenke an die ukrainische Regierung, weil das Land für längere Zeit wenig kreditwürdig sein wird. Mit einer sogenannten »war insurance«, einer Kriegsversicherung, sollen Geberländer auch Garantien an private Investoren geben. »Nur mit der Privatwirtschaft wird man die Summen stemmen können, von denen wir hier reden«, sagt Kleine-Brockhoff vom Berliner Büro des GMF.

Wie schon der Entwurf der EU-Kommission sieht der Bericht des German Marshall Fund vor, die Hilfe für die Ukraine an Reformauflagen zu knüpfen – vor allem mit Blick auf die Korruptionsbekämpfung. Ein Inspektor soll die rechtmäßige Verwendung der Hilfsgelder überprüfen.

Der Bericht soll nach den Worten Kleine-Brockhoffs ein Denkanstoß sein, insbesondere für eine Expertenkonferenz am 25. Oktober in Berlin, bei der die Architektur des Wiederaufbaus diskutiert werden soll. Deutschland lädt als Land, das den G7-Vorsitz innehat, zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zu der Konferenz ein.

Die Ukraine und einige ihrer Verbündeten drängen darauf, den Wiederaufbau durch eingefrorenes russisches Staatsvermögen zu finanzieren. Aktuell sind das rund 300 Milliarden Dollar. Diese Option haben die GMF-Autoren nur vorsichtig in ihren Bericht aufgenommen. Gegen die Beschlagnahmung von Vermögenswerten der russischen Zentralbank im Ausland gebe es erheblichen Widerstand in der internationalen Finanzszenen, sagt Kleine-Brockhoff. Ein solcher Präzedenzfall könnte andere Staaten veranlassen, ihre Vermögen aus dem Ausland abzuziehen und das dollarbasierte internationale Finanzsystem unterminieren.

dpa:

Ukraine soll weiteren Milliardenkredit der EU erhalten

Die Ukraine kann auf die Auszahlung weiterer EU-Finanzhilfen in Höhe von fünf Milliarden Euro hoffen. Die EU-Kommission schlug am 7.9. vor, Gelder in entsprechender Höhe an den Kapitalmärkten aufzunehmen und diese dann weiterzureichen. Die Zinskosten und Gebühren sollen aus dem EU-Haushalt bezahlt werden.

Ziel der Unterstützungspläne ist es nach Angaben von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den unmittelbaren Finanzbedarf der von Russland angegriffenen Ukraine zu decken. "Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen und die Freiheit und Unabhängigkeit wiedererlangen", erklärte sie. Die EU werde dazu auch weiterhin ihren Beitrag leisten.

Der Vorschlag vom Mittwoch ist Teil eines im Mai angekündigten Hilfspakets über insgesamt neun Milliarden Euro. Vor der Auszahlung der fünf Milliarden Euro müssen die EU-Staaten und das Europaparlament noch zustimmen.

Tagesschau

Millionen Tonnen über Donau verschifft

In ukrainischen Silos lagern wegen des russischen Angriffskrieges geschätzt mehr als 20 Millionen Tonnen Getreide. Ein Großteil wird inzwischen wieder über die Schwarzmeer-Häfen verschifft - immer mehr jedoch auch über die Donau.

Die Ukraine verschifft nach eigenen Angaben immer mehr Getreide über die Donau. Allein am Samstag seien elf Schiffe in Richtung der ukrainischen Donau-Häfen Ismajil, Reni und Ust-Dunaisk unterwegs gewesen - so viele wie noch nie seit Kriegsbeginn vor einem halben Jahr, teilte das Infrastrukturministerium mit. Sie können insgesamt 45.000 Tonnen transportieren.

Seit März wurden nach Angaben des Ministeriums bereits mehr als vier Millionen Tonnen Getreide über die ukrainischen Donau-Häfen außer Landes gebracht.

Nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine waren die Schwarzmeer-Häfen des angegriffenen Landes und damit wichtige Exportwege zunächst monatelang blockiert. Am 22. Juli unterzeichneten die Ukraine und Russland unter UN-Vermittlung jeweils getrennt mit der Türkei ein Abkommen, um von drei Häfen Ausfahren aus der Ukraine zu ermöglichen.

Es wird geschätzt, dass mehr als 20 Millionen Tonnen Getreideerzeugnisse in der Ukraine lagern. Das mit dem Getreide-Deal Ende Juli etablierte Koordinierungszentrum in Istanbul teilte am Wochenende mit, bisher seien eine Million Tonnen Getreide und andere Lebensmittel über die Schwarzmeer-Route ausgeführt worden. Insgesamt seien 103 Schiffe in See gestochen, 46 von ukrainischen Häfen und 57 in Richtung Ukraine.

Neben dem Schwarzen Meer kann die Ukraine auch über die Donau Getreide verschiffen. Dieser Weg gilt aber als umständlicher. Schiffe müssen erst donauaufwärts fahren bis nach Cernavoda und von dort über den Donau-Schwarzmeer-Kanal Richtung Hafen Constanta. Möglich, aber immer noch unzureichend, ist auch der Schienenweg in Rumänien.

Wiederaufbau der Ukraine

Hier zwei Medienbeiträge zu Konzepten für den Wiederaufbau der Ukraine aus Deutschlandfunk und taz:

[Finanzielle Unterstützung der Ukraine: Geld, die ultimative Waffe - taz.de](#)

["Marshall-Plan" der EU - So soll die kriegszerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden | deutschlandfunk.de](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Sicherung des AKW Saporizhzhya

Ende August reiste eine Abordnung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zum Atomkraftwerk Saporizhzhya in die Ostukraine. Das AKW ist von der russischen Armee besetzt worden und steht unweit der Front. Es gibt große Befürchtungen, dass im Zuge von Kriegshandlungen die Sicherheit des AKW-Betriebs gefährdet sein kann. Hier finden Sie den aktuellen IAEA-Bericht zur Lage vor Ort:

[ukraine-2ndsummaryreport_sept2022.pdf \(iaea.org\)](#)

EU-Kommission dringt auf Freigabe von Hilfgeldern

Die EU-Kommission dringt nach Informationen des SPIEGEL darauf, dass die Mitgliedsstaaten Hilfgelder für die Ukraine freigeben. Weil die Behörde damit rechnet, dass die Wirtschaft des Landes wegen des Kriegs 2022 um rund 35 Prozent einbricht, würden „überlebenswichtige Export- und Steuereinnahmen fehlen“, sagte ein EU-Sprecher dem SPIEGEL. Deshalb müsse das Geld „so schnell wie möglich bereitgestellt werden“, damit Kiew seine Ausgaben decken könne. Die EU hat ihre Finanzausgaben bislang nur höchst unzureichend erfüllt. Im Frühjahr hatte Kommissionschefin Ursula von der Leyen Kiew Hilfen von neun Milliarden Euro versprochen. Davon haben die Mitgliedstaaten erst eine Milliarde Euro freigegeben. Beim Rest streiten die Finanzminister über Verteilungs- und Auszahlungsmodalitäten. Weil im EU-Etat keine Mittel mehr frei sind, müssten die Regierungen den Großteil der Hilfen – etwa Sicherheiten für Darlehen – aus ihren nationalen Etats bereitstellen. Nun hofft Brüssel, dass die Minister Anfang September die nötigen Beschlüsse fassen. Anderenfalls müsste die ukrainische Zentralbank Geld drucken, was die Inflation anheizen würde.

Gültigkeit ukrainischer Führerscheine in Deutschland

Der EU-Rat hat am 18. Juli 2022 die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen, in Anbetracht der Invasion der Ukraine durch Russland, in Bezug auf von der Ukraine gemäß ihren Rechtsvorschriften ausgestellte Fahrerdokumente beschlossen.

[Die Verordnung Nr. \(EU\) 2022/1280 tritt am 27.07.2022 in Kraft.](#) Weiterführende Informationen des BMDV hier: [BMDV - Maßnahmen des BMDV zur Ukrainekrise im Detail \(bmvi.de\)](#)

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer

+32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

**Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,**

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte

ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC: [Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu/edcc)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Infos zu Bahnfahrten für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheiten aus der Ukraine: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YIxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet.

Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Koordinationszentrale der ukrainischen Regierung für:

humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin: iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in
Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine
unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die
Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der
Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine
zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause
von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-
Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,
können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der
Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

